

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Fernsprecher: Amt Köntigsbad, Nr. 1076.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Die Textilarbeiterschaft in schicksalsschwerer Zeit. — Ein Dokument zur Kompromittierung der Selben. — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Berufsvereine, Einigungs-, Schieds- und Tarifwesen im Ausland (I). — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsteil: Ein böses Geschäft.

Die Textilarbeiterschaft in schicksalsschwerer Zeit.

Die ersten Hammerschläge zur Zimierung der Brücke, über welche der Friedensengel schreiten soll, um die seit mehr als vier Jahren im blutigsten Ringen miteinander befindlichen Völker der Welt wieder auszuöhnen, haben wir vernommen. Zur Zeit des Erscheinens dieser Zeilen wird uns schon offenbar geworden sein, ob die Brücke vollendet werden konnte und der langersehnte Friede zustande kommen wird. Höchste Zeit ist es! Schon zeigen sich in den Völkern aller Länder neue Bürger, um die Vernichtung an Menschenleben zu vermehren. Die Zunahme der Erkrankungen an Grippe ist kein Zufall, der herbeigeführt wurde durch irgendeine vorübergehende Erscheinung in der Natur, sondern sie ist die Folge der Schwächung des Gesundheitszustandes der Menschen, die durch die Verschlechterung in der Ernährung und Belästigung herbeigeführt wurde. Und in Berlin hat sich ein anderer unheimlicher Geselle eingeschlichen: die Cholera, die aber vielleicht zum Glück für uns wieder gänzlich erloschen sein wird, wenn dieses Blatt in die Hände der Leser gelangt. Wenn die Zahl ihrer Opfer auch nicht groß ist, so ist sie doch eine sehr bedenkliche Sache; bedenklich vor allem auch für jene Männer, die heute in der Regierung Deutschlands stehen und in deren Händen das Schicksal des deutschen Volkes liegt. Rudolf Virchow, der berühmte verstorbene Hygieniker, jagte einmal:

„Epidemien gleichen großen Warnungstafeln, an denen der Staatsmann von großem Stil lesen kann, daß in dem Entwicklungsgang seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen kann.“

Wir halten es für dringend an der Zeit, nicht nur auf jene Warnungstafeln hinzuweisen, sondern auch mit Virchow zu sagen: „Es genügt nicht, daß der Staat jedem Staatsbürger die Mittel zur Existenz überhaupt gewährt, daß er daher jedem, dessen Arbeitskraft nicht ausreicht, sich diese Mittel zu erwerben, beisteht; der Staat muß mehr tun, er muß jedem so weit beistehen, daß er eine gesundheitsgemäße Existenz habe.“

Sowohl, auf die gesundheitsgemäße Existenz kommt es an; das haben wir organisierte Arbeiter seit Jahrzehnten gefordert. Aber anstatt daß sich die Staatsmänner der Vergangenheit dieses Ziel zum Angelpunkt ihrer Tätigkeit gemacht hätten, förderten sie den Egoismus raffgieriger Kreise, bis die ganze Welt dabei in Flammen aufging und die Völker an den Bettelstab gebracht waren.

Der deutschen Textilarbeiterschaft in ihrer übergroßen Zahl waren diese vier Kriegsjahre Jahre furchtbarster Not. Zur unerhörten Teuerung trat die verminderte Beschäftigung, die das Einkommen auf ein Minimum herabdrückte. Der Staat, der Milliarden über Milliarden hinauswarf für Zwecke des Menschenmordens, war sehr knickrig mit dem Gelde zur Erhaltung des Lebens jener Menschen, denen durch den Krieg die Erwerbsquelle verschüttet wurde. Die Erwerbslosenfürsorge für die beschäftigungslose Textilarbeiterschaft war vielerorts nicht viel mehr als eine armelige Armenunterstützung. Auch sonst war es häufig fränkend für diese wirtschaftlichen Kriegsoffer, wie man sie es fühlen ließ, daß sie Unterstützung in Empfang nehmen mußten. Es ist daher nur zu sehr zu verstehen, wenn diese Arbeiterschaft heraus will aus dieser Bettelstundenzeit.

Sorgt für mehr Beschäftigung! Dieser Ruf erschallt jetzt allgemein. Die Rohstoffe für die Textilindustrie sind von der Kriegswirtschaft zusammengehammert worden und bei der Auswahl der Betriebe, die zum Arbeiten zugelassen wurden, ist mit großer Engherzigkeit und Unkenntnis verfahren worden. Die Textilarbeiterschaft Sachsen-Thüringens hat jetzt Veranlassung genommen, die Lage im dortigen Bezirk zu einer Eingabe an die Kriegsrohstoffabteilung zu machen. In dieser Eingabe, die unseren Gauleiter Kollegen Bretschneider-Gera zum Verfasser hat und die im Auftrage

unseres und des christlichen Textilarbeiterverbandes erfolgte, wird gesagt:

In den Betrieben: 1. des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien, 2. der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien, 3. der Vereinigten Strangfärbereien, 4. der Vereinigten Spinnereien wurden vor Ausbruch des Krieges zirka 50 000 Personen beschäftigt, und zwar in den für die Unternehmerorganisationen in Frage kommenden Orten Nubachthal, Berga, Dörlau, Elsterberg, Friesen, Gera, Glauchau, Greiz, Kleinreinsdorf, Langenberg, Langenwekendorf, Liebshaus, Reichenbach, Neuth, Ronneburg, Meerane, Mhlau, Mohlsdorf, St. Michaeln, St. Jacob, Neumark, Nejschkau, Untermaus, Weida, Zeulenroda, Böhned und Zwöben.

In den über 36 000 vorhandenen mechanischen Webstühlen sind alle Breiten und Systeme in großer Auswahl vertreten. Es wurden in der Hauptache Webstoffe für Damen-, aber auch für Herren- und Knabenkonfektion gewebt und gebrauchsfertig ausgerüstet.

Es war die größtmögliche Arbeitsteilung in den Betrieben — Spinnerei — Weberei — Färberei und Appretur — durchgeführt, und sie besteht auch jetzt noch bei den bedeutend weniger gewordenen Arbeitskräften.

Besonders die Webereibetriebe und die Betriebe der Färbekonvention sind zur Produktion größtmöglicher Arbeitsaufträge eingerichtet. Es fehlt zwar im obigen Bezirk an genügend Spinnereibetrieben, da solche nur in Liebshaus, Greiz, Leichwolframsdorf und Zwöben und in den gemischten Betrieben in Böhned und Reichenbach vorhanden sind; aber in den Orten Crimmitschau, Berdau und Umgegend sind mehr als 100 Bigognespinnereien vorhanden, die ebenfalls seit langer Zeit nicht voll beschäftigt werden; für Papiergarnspinnerei umgestellt werden können, und die, wenn sie genügend Arbeitsaufträge (Rohmaterial hierzu) bekämen, in der Lage wären, dem Gesamtbezirk die Möglichkeit zu geben, sehr große Mengen Textilzeugnisse aller Art gebrauchsfertig herzustellen.

Als Arbeiter haben wir es nicht verstehen können, wie man den Sächsisch-Thüringischen Textilbezirk bei der Frage der Höchstleistungsfähigkeit gewissermaßen ausgeschaltet hat. Als wir Kenntnis davon erhielten, es war um die Zeit, wo die einschränkenden Bestimmungen für die Arbeitszeit in Textilbetrieben wieder außer Kraft gesetzt wurden, hatten wir die Hoffnung, wir bekämen flotte Beschäftigung durch Verarbeitung von Erjahtrohmaterial für die Textilindustrie, und zwar für Privataufträge. In dieser Hoffnung haben wir damals nichts unternommen, um dafür zu wirken, daß der Gesamtbezirk als Höchstleistungsfähig anerkannt werden möge. Jene Hoffnung, die umsonst begründet war, da ja nach so langer Kriegszeit die Läger an Textilwaren ausgeräumt waren und mit jedem Tage der Mangel an neuen Waren fühlbarer wurde, ist leider nicht in Erfüllung gegangen.

Für die Arbeiterschaft ist es seitdem wirtschaftlich erheblich schlechter geworden; das gleiche gilt wohl auch für die Herren Textilfabrikanten. Wegen Mangels an Rohmaterial, auch solchen aus Erjahtafeln, konnten private Aufträge nicht erledigt werden, und weil den Betrieben im hiesigen Bezirk die Höchstleistungsfähigkeit abgesprochen ist, sind auch die Aufträge für den Heeresbedarf immer kleiner geworden. Auf Grund periodischer Mittelungen durch unsere Vertrauensleute über die Anzahl der vorhandenen und davon bestetzten Webstühle sowie über die Anzahl der beschäftigten Personen in den einzelnen Arbeitsabteilungen läßt sich das nachweisen. Im Durchschnitt sind jetzt nur 12 Proz. von den vorhandenen Webstühlen beschäftigt, und in den großen Kammgarnspinnereien in Liebshaus und Zwöben stehen ebenfalls zirka 90 Proz. der Maschinen ohne Beschäftigung. Wenn aber Spinnereien und Webereien so wenig Beschäftigung haben, fehlen auch die Arbeitsaufträge für die Ausrüstungsbetriebe.

Im Gesamtbezirk sind nur einzelne wenige andere Ausrüstungsbetriebe vorhanden, so daß nur ein sehr kleiner Teil der arbeitslos gewordenen Textilarbeiter und -arbeiterinnen wieder Beschäftigung gefunden hat; ein sehr großer Teil Arbeitloser ist in andere entlegene Bezirke, wo kriegswichtige Betriebe vorhanden sind, abgewandert. Die im hiesigen Textilbezirk zurzeit noch Beschäftigten sind zu zirka 80 Proz. weibliche Arbeitskräfte; darunter viele Arbeiterinnen. Ein sehr großer Teil von Kriegserfrauen ist völlig arbeitslos und wartet darauf, in der Textilindustrie, wo sie vor Beginn des Krieges eingearbeitet waren, wieder Beschäftigung zu finden. Für die Heimarbeiterinnen (Bügerinnen, Spulerinnen), für die in der Textilindustrie tätig gewesen Frauen ist andere Arbeitsgelegenheit nicht beschafft worden. Die völlige Arbeitslosigkeit ist um so fühlbarer, da all die Textilorte in Landes-teilen liegen, die im Ernährungswesen nicht

als Ueberfluß-, sondern als Zuschußgebiete in Frage kommen.

Beweise dafür, daß sehr viele ehemalige Textilarbeiterinnen seit längerer Zeit teilweise arbeitslos sind, können leider aus den Verwaltungen der Textilarbeiterfürsorge nicht beigelegt werden, weil die Grundzüge dieser Fürsorge und die niederen Unterstützungsätze jeden Anspruch auf Unterstützung sehr erschweren, in den meisten Fällen unmöglich machen. Das trifft auch für solche Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen zu, welche die Woche nicht voll beschäftigt werden, und auch für Affordbeschäftigte, die einen sehr niederen Lohn erzielen. In jedem einzelnen Unterstützungsfalle wird die Frage der Bedürftigkeit geprüft, das Einkommen aller Familienglieder kommt als Ganzes gerechnet in Anrechnung; übersteigt dieses den für völlig arbeitslose vorgeesehenen Unterstützungssatz — er beträgt für ein völlig arbeitsloses Ehepaar 15 bis 22 M. pro Woche —, so ist ein Zuschuß aus der Textilarbeiterfürsorge ausgeschlossen. Die für völlig arbeitslose vorgeesehenen Unterstützungssätze werden deshalb so niedrig gehalten, weil die Gemeinden Mitträger der Fürsorge sind und aus eigenen Mitteln Anwendungen machen müssen, woran sie als arme Gemeinden bei der langen Dauer des Krieges immer schwerer zu tragen haben; sie haben durch den Krieg viele und hohe Ausgaben machen müssen.

Wenn trotzdem im Kommunalverband der drei Städte Reichenbach, Mhlau, Nejschkau im Jahre 1917 1 285 726,56 M. und im Jahre 1916 1 137 494,03 M. Arbeitslosenunterstützung, einschließlich an teilweise Beschäftigte, gezahlt worden ist, so ist die Notwendigkeit hierzu in dem Maße des Lohnes, der auffallend sehr niedrig gewesen sein muß, erbracht worden. Diese drei Städte zählen 40 000 Einwohner.

In einzelnen Ortsgruppen wird neben Zeit- oder Affordlohn auch wöchentliche Teuerungszulage an die Beschäftigten gewährt; das durchschnittliche Einkommen im Arbeitsverhältnis, einschließlich der Teuerungszulagen, steht in den Webereibetrieben pro Woche bedeutend unter 30 Mark. Für die Beschäftigten in den Färbereien und Appreturen ist seit 15. September 1918 als Mindeststundenlohn festgesetzt: für Arbeiter 70 und für Arbeiterinnen 45 Pf.

In keinem dieser Betriebe wird aber pro Woche voll gearbeitet; es werden jede Woche Ausfertigungstage eingeschaltet, für die es keine Entschädigung gibt, so daß dadurch das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen erheblich geschmälert wird.

Von den vorhandenen Textilfabriken sind zirka drei Viertel stillgelegt, und die noch offengebliebenen Textilbetriebe haben so wenig Arbeitsaufträge, daß mehr als drei Viertel der darin befindlichen Arbeitsmaschinen ohne Beschäftigung sind. Die Notlage der Textilarbeiterschaft ist groß; das ist auch den Regierungen bekannt. Die Herren Textilfabrikanten erkennen an, daß das Einkommen für die Beschäftigten erhöht werden muß, sie sagen aber, sie könnten das erst dann tun, wenn die Preise für die Arbeitsaufträge entsprechend erhöht und überhaupt größere Mengen Arbeitsaufträge an sie gegeben würden. Wir schließen uns dem Verlangen an, und bitten, eine Besprechung anberaumen zu wollen, zu der auch Vertreter der Textilarbeiterverbände zugezogen werden, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie der Notlage der Textilarbeiterschaft in unserem Bezirk künftig begegnet werden kann.

Ergebnis

Für den Deutschen Textilarbeiterverband:
Urban Bretschneider, Gauleiter, Gera-N., Englanstr. 11.
Für den Christlichen Textilarbeiterverband:
Germann Voigt, Bezirksleiter, Dresden, Dammweg 4.
So wie es um die Textilindustrie und ihre Arbeiterschaft in Sachsen-Thüringen bestellt ist, so ist es bestellt um die Textilindustrie und ihrer Arbeiterschaft fast aller Bezirke des Reiches.

Wird nun der Friede die Tore der Hoffnung auf eine Besserung öffnen? Die nächste Zeit wird es lehren. Dann tritt an die Textilarbeiterschaft eine neue Zeit mit neuen Aufgaben heran. Die Heeresaufträge verschwinden dann in kurzer Zeit aus den Betrieben, und es werden nur die Privataufträge ihre Erledigung finden, soweit Rohmaterial dafür vorhanden ist. Für diese schicksalsschwere Zeit jetzt schon Maßnahmen ins Auge zu fassen, die erforderlich sein werden, ist schwer. Es muß aber unsere Aufgabe sein, aufmerksam den Gang des Geschehens zu verfolgen, und dann in geeigneter Weise einzusetzen, wenn es die Verhältnisse erfordern. Je besser die Textilarbeiterschaft organisiert, je einiger im Handeln sie sein wird, um so leichter werden wir diese schicksalsschwere Zeit überleben.

Ein Dokument zur Kompromittierung der Gelben.

Die Gelben wehren sich bekanntlich stets entrüstet gegen die Behauptung, daß sie eine Schutztruppe der Unternehmer zur Niederhaltung und Befämpfung der Arbeiterinteressen seien und zu diesem Zwecke durch Gelder der Unternehmer ausgehalten würden. Dafür, daß das richtig ist, liegen zahlreiche Beweise vor. Neuerdings wird der Beweis wieder durch ein Schriftstück erbracht, das unser hannoversches Parteiblatt veröffentlicht:

Berein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete. Hannover, den .. März 1918. Firma

Betr. Beitrag zu den Kosten der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes der Werkvereine. Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß die Unterstützung der Werkvereinsache im verflossenen Jahre insgesamt 4200 Mark erfordert hat.

An diesen Kosten beteiligt sich eine auswärtige Firma freiwillig mit 361,20 Mk., so daß noch 3838,80 Mk. aufzubringen sind. Am 31. Dezember 1917 waren insgesamt 18 Firmen mit Werkvereinen und 5184 Mitgliedern vorhanden; es entfallen demnach auf das Werkvereinsmitglied 74,051 Pf.

Da Ihr Werkverein nach Ihrer Angabe ... Mitglieder hat, so haben Sie zu zahlen ... X 74,051 Pf. = ... Mk.

Wir bitten Sie, diesen Betrag unserm Konto bei der Hannoverschen Bank zu überweisen.

Hochachtungsvoll Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete. gez.: E. Garvens.

Wie aus dem Schriftstück der Unternehmer ersichtlich ist, handelt es sich nur um einen Beitrag zu den Kosten der gelben Geschäftsstelle, daher die verhältnismäßig geringe Summe. Im allgemeinen ist bekannt, daß die Unternehmer auch recht ansehnliche Summen zur Verfügung stellen, wenn es gilt, sich eine Schar williger und gefügiger Arbeiter zu halten.

Auf der diesjährigen Tagung des Hauptauschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands in Dortmund wurde nach der „Münchener Post“ besonders hervorgehoben, daß der Bund der Handwerker auf den Kaiserl. techn. Instituten Deutschlands dem Hauptauschuß schon 1916 wieder den Rücken gekehrt hat. Aber es sei geglückt, den Verband katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin, für den gelben Arbeiterverband zu gewinnen.

Soffentlich legt der neue Geisteszug, der durch das deutsche Volk zieht, endlich auch die gelbe Spreu davon. Für die Herrschaft der Scharfmacher ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Daher sind solche gelbe Schutztruppen auch überflüssig geworden.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 4. Oktober waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zusammenberufen, um zu dem Eintritt eines Mitgliedes der Generalkommission in die Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Generalkommission berichtete einleitend über die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Reichskanzlers Grafen v. Hertling und zur Parlamentarisierung der Regierung führten. Mit der Schaffung eines parlamentarischen Ministeriums wurde die Neuerrichtung eines Reichsarbeitsamtes verknüpft, das das Reichswirtschaftsamt von seinem sozialpolitischen Aufgabenbereich entlasten soll. Da die Mitglieder der Regierung den Parteien entnommen werden sollten, so trat auch an die Sozialdemokratie die Aufforderung heran, einige Männer ihres

Vertrauens an der Regierung zu beteiligen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ermächtigte den Genossen Scheidemann, in die Regierung einzutreten und ersuchte die Generalkommission um den Vorschlag eines Genossen aus dem Kreise der Gewerkschaften für die Leitung des neuen Reichsarbeitsamtes. Die Generalkommission beschloß, der Aufforderung zu entsprechen, wollte aber die Delegation einer zu berufenden Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände überlassen. Die Konferenz wurde unverzüglich berufen. Da der Parteivorstand aber glaubte, mit den Vorschlägen für die neue Regierung nicht länger warten zu können und zur Eile drängte, so sah sich die Generalkommission genötigt, der Konferenz der Vorstände das Vorschlagsrecht vorwegzunehmen. Sie brachte den Genossen Gustav Bauer für die Leitung des Reichsarbeitsamtes in Vorschlag, der inzwischen auch bereits zum Staatssekretär ernannt worden ist. Regien berichtete weiterhin über die Delegation an den Reichskanzler v. Hertling und über die vor dem Kriegsamt gepflogenen Verhandlungen über Kriegsernährung und Arbeitszeitverkürzung sowie über die Situation der Arbeitskammervorlage, die infolge des Rücktritts des Kabinetts v. Hertling hinfällig wurde. Der neuen Regierung bleibe die Aufgabe, einen neuen Entwurf vorzulegen, der den Forderungen der Arbeiterschaft entspreche. Mit diesem Wechsel der Dinge ist auch die geplante Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen zur Stellungnahme zum Arbeitskammergesetzentwurf erledigt, ebenso die für den gleichen Zeitpunkt vorgesehene Vorstandskonferenz. Der Redner schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Entschluß, in die Regierung einzutreten, durchaus nicht leichten Herzens gefaßt worden sei, aber die Entwicklung der Ereignisse ließ keine andere Entscheidung zu. Die Lage sei außerordentlich ernst; sie gleiche derjenigen vom August 1914, und heute wie damals hätten die Gewerkschaften die Pflicht, sich der Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz habe trotz der bereits vollzogenen Ernennung der Arbeiterminister die Aufgabe, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen und ihr Urteil darüber abzugeben.

Die Erörterungen über den Eintritt von Gewerkschaftlern in die Reichsregierung nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Sachlich stimmten alle Redner darin überein, daß die Arbeiterschaft sich dem Eintritt in die Reichsregierung nicht entziehen dürfte. In der Personenfrage traten zwar Abweichungen zu Tage, doch stimmte schließlich die Konferenz einmütig dem Eintritt Bauers in das Reichsarbeitsamt zu. Auch die Mitteilung, daß Rob. Schmidt für das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamt auszuwählen sei, rief große Befriedigung hervor. Die Anregung, zur Aufklärung über die außerordentliche Situation und über die innere Umgestaltung ein Flugblatt herauszugeben und in Massen zu verbreiten, wurde mit dem Hinweis, daß es Aufgabe der Gewerkschaftspresse sei, über die gegenwärtige Lage die Arbeiterschaft zu informieren, fallen gelassen.

Aus der Teilnahme der Arbeiterschaft an der Regierung ergeben sich für die innere Neuorientierung eine Reihe von Problemen, zu denen früher oder später noch eingehend Stellung genommen werden muß. Die Konferenz war der Meinung, daß, sobald solche Fragen als dringlich eintreten, sofort eine neue Konferenz einzuberufen sei. Die Anstellung von Ersatzkräften solle der Generalkommission zur Vorprüfung überlassen werden, die der nächsten Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen werde. Bauer werde für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; sein Rücktritt in die bisherige Stellung werde ihm offen gehalten. Er bleibe auch fernerhin Mitglied der Generalkommission und werde in dieser Eigenschaft an deren Sitzungen teilnehmen. Die Konferenz stimmt diesen Auffassungen zu.

Berufsvereine, Einigungs-, Schieds- und Tarifwesen im Ausland.

Darüber handelt das 18. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“. Wir werden danach eine Reihe Artikel über die Materie

bringen, in der Annahme, daß es unseren Lesern sehr erwünscht wäre, darüber Näheres im Zusammenhange zu erfahren.

Zunächst wollen wir die einschlägige Gesetzgebung Oesterreichs anführen. Für das Gebiet der Tarifverträge kommen in Oesterreich die Bestimmungen der dortigen Gewerbeordnung betreffend Vereinbarungen der gewerblichen (Genossenschaften¹⁾ über Arbeitsbedingungen²⁾ in Betracht. Vornehmlich § 114b G.O.³⁾ Dieser Paragraph besagt:

Die Genossenschaften sind berechtigt, für den Bereich der Gewerbe ihrer Mitglieder innerhalb des Rahmens der gesetzlichen Vorschriften Bestimmungen über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit der Hilfsarbeiter und über die Arbeitspausen, über die Zeit und Höhe der Entlohnung der Hilfsarbeiter und über die Kündigungsfrist zu treffen. Diese Festsetzung hat durch die Genossenschaftsversammlung im Einvernehmen mit der Gehilfenversammlung nach Geschäftszeiten geordnet zu erfolgen und ist von der politischen Landesbehörde nach Einberufung der Handels- und Gewerbekammer und des etwa bestehenden Genossenschaftsverbandes zu genehmigen. Die Beschlußfassung hat sowohl in der Genossenschaftsversammlung wie auch in der Gehilfenversammlung mit Zweidrittelmehrheit zu erfolgen. Mit der gleichen Stimmenmehrheit kann jede der beiden Versammlungen ihren Rücktritt von diesen Bestimmungen, soweit dieselben nicht für eine bestimmte Zeit getroffen wurden, erklären. Der bezügliche Beschluß ist der politischen Landesbehörde zur Kenntnis zu bringen.

Die erwähnten Bestimmungen haben für den Fall, daß von den Genossenschaft angehörigen Gewerbeinhabern mit ihren Hilfsarbeitern in dieser Beziehung nicht im Wege des Vertrages oder der Arbeitsordnung abweichende Vereinbarungen getroffen worden sind, für die Parteien rechtsverbindliche Geltung und schließen insofern die Anwendung der im § 77 enthaltenen Vorschriften aus, in dem es heißt:

Wenn über die Zeit der Entlohnung des Hilfsarbeiters und über die Kündigungsfrist nichts anderes vereinbart ist, wird die Bedingung wöchentlicher Entlohnung und eine 14tägige Kündigungsfrist vorausgesetzt. Doch sind Hilfsarbeiter, welche nach dem Stüde entlohnt werden oder im Akkord arbeiten, erst dann auszutreten berechtigt, wenn sie die übernommene Arbeit ordnungsgemäß beendet haben.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags beschränkt sich auf den Kreis der unseren deutschen Innungen entsprechenden gewerblichen Genossenschaften.

Nach der zuletzt erschienenen österreichischen Tarifstatistik betragen im Jahre 1913 die so abgeschlossenen „Vereinbarungen“ 13 unter 500 überhaupt in Oesterreich im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifverträgen. Der weitaus größte Teil der Tarifverträge in Oesterreich entbehrt also noch der besonderen gesetzlichen Regelung.

Versuche, in Oesterreich allgemeine Einigungsämter einzurichten, sind im Entwurfe steckengeblieben. Lediglich für den Bergbau ist durch das Gesetz vom 29. August 1896 betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau das Einigungswesen geregelt, indem dem durch dieses Gesetz vorgesehenen großen Genossenschaftsauschuß die Aufgabe übertragen ist, ein Einigungsamt zu bilden, dessen Vorsitzender für jede Verhandlung von der gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitern gewählt wird.

Aus den Gewerkschaften.

Ein Glückwunsch der schwedischen Gewerkschaften.

Der Generalkommission ging folgendes, Stockholm, den 16. Oktober, datiertes Telegramm der schwedischen Landeszentrale zu:

Wir senden Euch unsere herzlichsten Glückwünsche zu dem demokratischen Durchbruch, der, wie wir hoffen und wünschen, zur Beendigung des Weltkrieges und zur Schaffung eines dau-

¹⁾ Die in den §§ 106 ff. der österreichischen Gewerbeordnung behandelten Genossenschaften entsprechen den reichsdeutschen Innungen.
²⁾ Die Gewerbeordnung. Von O. von Ramorjinsky. 9. Aufl. Wien 1908.
³⁾ § 114b der österreichischen Gewerbeordnung ist durch Gesetz vom 9. Februar 1907 eingefügt worden.

Ein böses Geschäft.

Utopische Erzählung von Eugen Fritsch.

Kommerzienrat Aufhäuser, Vorsitzender des Aufsichtsrates, hatte eine wichtige Sitzung hinter sich. Eine Sitzung, auf die er mit stolzer Befriedigung zurückblickte. Die große Aktiengesellschaft hatte ihre Generalversammlung abgehalten und den Geschäftsbericht vorgelegt; einen glänzenden Geschäftsbericht, der alle Friedensjahre und auch die ersten Kriegsjahre weit in den Schatten stellte. Wahrhaftig, die Aktionäre konnten mit dem Ergebnis zufrieden sein. Der Reingewinn war geradezu fabelhaft, und die erste Veröffentlichung des Geschäftsberichts in den großen Handelszeitungen bewirkte ein sofortiges Steigen der Aktienkurse. Doch die Ankündigung, daß trotz des glänzenden Abschlusses keine höhere Dividende gezahlt werden solle als im Vorjahre, stimmte eine Reihe Aktienbesitzer mißvergnüglih, und sie bereiteten sich auf eine scharfe Kritik vor, die sie dem Aufsichtsrat bei der Generalversammlung erteilen wollten. Kommerzienrat Aufhäuser waren diese Absichten nicht verborgen geblieben, und er rüftete sich zu einer glänzenden Abwehr, da er sich mit Recht als den Vater der angewandten Bilanzierung ansehen konnte.

Als er den dichtbesetzten Saal des vornehmen Hotels betrat, in dem die Generalversammlung stattfand, ließ er seine Blicke über die Anwesenden schweifen. Er kannte seine Pappenheimer, jene Finanzhörnen, die in kundiger Spekulation nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht waren, deren Interesse für das große Industriewerk sich ausschließlich nur auf die Höhe der Dividende richtete. Mit geringschätzigem Lächeln sah er an ihnen vorbei, und er vertiefte sich in den Zahlen des Geschäftsberichts, die und da kleine Notizen beifügend. Schließlich trug der Direktor des Werkes den Geschäftsbericht vor und gab einige erläuternde Erklärungen. Mit allgemeiner Befriedigung wurde der Bericht entgegengenommen, aber als die Zahlen der Abschreibungen, des reichlichen Vortrags genannt wurden, machte sich schon eine gewisse Unruhe unter einem Teil der Aktionäre bemerkbar, die sich zum offenen Widerspruch steigerte, als der Aufsichtsrat wiederum nur eine Dividende von 20 Proz. zur Verteilung vorschlug. Hier setzte die Opposition ein, und mit mathematischer Genauigkeit wurde dem Aufsichtsrat von den Finanzgenies nachgewiesen, daß eine viel höhere Dividende möglich sei. Die Aktien seien ein beweglicher Besitz, und deshalb müßte verlangt werden, daß die Kriegskonjunktur voll ausge-

nüht werde. Die Abschreibung des ganzen neuwertigen Grundstückes mit sämtlichen darauf errichteten Betriebsgebäuden und installierten neuen teuren Maschinen sei einfach eine Bilanzverschönerung und ein Geschenk an die zukünftigen Aktionäre.

Im Saale bildeten sich kleine Gruppen, auf die die Oppositionen erregt einsprachen. Da ertönte die Glocke, und Aufhäuser erhob sich, ein überlegenes Lächeln im Gesicht. Und er entwickelte alle Gründe, die den Aufsichtsrat zu dieser Bilanzierung bewegt hatten. Kurz schüttelte er seine Widersacher ab als Subjekte, die nur auf den augenblicklichen Gewinn und Vorteil bedacht seien, ohne weitblickend und vorausschauend auch die Zukunft in Rechnung zu stellen. Er sei aber mit dem Werk ver wachsen, er habe es auf seine gegenwärtige Höhe gebracht, und das Werk selbst sei ihm lieb wie ein Kind, dessen Entwicklung er ständig im Auge habe. Auf die fetten Kriegsjahre könnten auch wieder magere Jahre kommen, und die Schwirrigkeiten der Uebergangswirtschaft seien noch nicht voll vorauszu sehen. Den Einwand lasse er nicht gelten, daß die Seuche des Kriegszöialismus weiter um sich fressen könnte und daß dem Staat bei seinen Monopolgelüsten auch die Aufhäuserwerke ins Auge stechen könnten. Wozu habe man seine machtvolle Organisation? Nicht umsonst würde von ihnen schon jetzt der Ruf nach dem freien Handel erhoben. Das Geipent des Kriegszöialismus, das eine Parole: „Kette, was du kannst!“ recht fertigen würde, lasse er sich nicht an die Wand malen.

Der Kommerzienrat merkte, daß er mit seinen Ausführungen Erfolg hatte. Der Beifall häufte sich, und die Kritiker nahmen eine geduckte Haltung ein. Aber noch hatte er seinen besten Trumpf in der Hand. Den spielte er erst am Schluß seiner Ausführungen aus: Das war der Hinweis auf die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft, die mit einer weiteren Dividendensteigerung hervortreten würde. Er wisse sehr wohl, daß es möglich sei, die Dividende in diesem Jahre auf 40 Proz. zu erhöhen, aber er bitte zu bedenken, welchen Eindruck das auf die Arbeiter machen werde! Dadurch fordere man die Arbeiter ja zu Lohnforderungen geradezu heraus, und heute stände keine so zahlreiche Heeresarmee zur Verfügung wie in Friedenszeiten. Da durchbrauste ein Beifallsturm den Saal, und zahlreiche Herren drängten sich an die Bühne, um den Kommerzienrat zu beglückwünschen. Der volle Sieg war auf seiner Seite. Die Bilanzierung wurde in der vorgeschlagenen Weise mit überwältigender Mehrheit genehmigt.

Als der Kommerzienrat am späten Abend in ruhigster

Stimmung nach Hause kam, merkte seine Gattin sofort an dem glücktrahlenden Gesicht, daß er wiederum einen bedeutenden Erfolg errungen hatte. Trotz aller Lebensmittelrationierung ließ er am späten Abend noch einmal den Tisch decken, denn er verspürte einen guten Appetit nach den Anstrengungen des Tages. Keller und Vorratskammer boten ja noch genügend von dem, was auf Schleichhandelswegen zu teuren Preisen erworben wurde. Einige Flaschen besseren Weines ergänzten das Mahl, und in heiterer Unterhaltung berichtete der Kommerzienrat seiner Gattin, wie er seine Widersacher zur Strecke gebracht habe. In dem glücklichen Gefühl einer gesicherten Zukunft begaben sie sich dann zu Bett und ruhten bald in Schlafes Armen.

Doch die lächelnden Mienen des Kommerzienrates verfinsterten sich, Schweißperlen traten ihm auf die Stirn, und ein ängstliches Stöhnen entrang sich seiner gepreßten Brust. Er glaubte sich in der Uebergangswirtschaft; der Kriegszöialismus hatte seine Polypenarme immer weiter ausgestreckt und auch die Aufhäuserwerke ergriffen, die als ein volkswirtschaftlich wichtiger Betrieb dem freien Erwerb entzogen und dem staatlichen Monopol angegliedert wurden. Soeben betrat ein staatlicher Kommissar sein Privatbureau, um mit ihm über die Abschlußsumme zu verhandeln, die der Aktiengesellschaft gezahlt werden sollte. Mit feindlichen Blicken maß er den Beamten, nachdem dieser seine Mission angegeben hatte. In wilder Einberührung witterte nun der Herr Kommerzienrat über die unheilvolle Politik, die das Reich unter dem verderblichen Einfluß einer gleichberechtigten Sozialdemokratie eingeschlagen habe und den freien Handel vernichte. Mit fastastischer Miße erwiderte der Beamte, daß es sich um eine Staatsnotwendigkeit handle und daß das Allgemeinwohl dem Privatinteresse des einzelnen vorzugehen habe. Seine Umsalungen des Kriegszöialismus seien übertrieben; soweit sei man glücklicherweise doch nicht, daß ausschließlich sozialistische Grundzüge herrschen sollten. Er verweise nur darauf, daß die Regierung beschloffen habe, bei der Ablösung der monopolisierten Betriebe in der loyalsten Weise zu verfahren und nur nach rein geschäftsmäßigen Grundätzen zu handeln. „Sehen Sie,“ bemerkte der Beamte beschwichtigend, „eine sozialistische Regierung würde nicht viel Federlesens machen und Ihr Eigentum als Staatsigentum erklären. Unsere Regierung ist hingegen gewillt, jedem den Ertrag seiner früheren Arbeit zu sichern und ihm volle Entschädigung für sein Besitztum zu gewähren.“ Mit dem Hinweis, daß ihm die Leistung des Wertes persönlich ans Herz gewachsen sei, entgegen-

ernsten Friedens beitragen soll, was in der ganzen Welt und nicht am wenigsten in den neutralen Ländern, besonders unter den Arbeitern, ersehnt wird.

Ueber die Mitwirkung der Gewerkschaften Deutschlands an diesem Ziele und über ihre direkte Teilnahme an der Regierungsbildung durch den Eintritt von Gewerkschaften in die Regierung sowie über die Aufnahme der Frage des internationalen Arbeiterschutzes entsprechend den Forderungen der Berner Konferenz in das Programm dieser Regierung empfinden wir eine lebhafteste Befriedigung.

Die Zeit für den Zusammenritt der gewerkschaftlichen Internationale zu einer Konferenz wird wohl bald gekommen sein, auf der die angeschlossenen Gewerkschaften aller Länder vertreten sein werden, um die Beschlüsse der Konferenzen zu Lebes und Vern zu fördern.

Für die Landeszentrale Schwedens
Herm. Lindequist, Vorsitzender.

Aus der Textilindustrie.

Lohnforderungen und Lohnerfolge in Berlin. In den Vereinigten Märkischen Tuchfabriken sind die Stück- und Stundenlöhne um 5 Proz. erhöht worden. In der Papiergarnweberei Benjamin u. Co. wurde der Mindeststundenlohn der Weber von 1 Mk. auf 1,25 Mk. erhöht und der der Weberinnen von 80 Pf. auf 1 Mk. Der Stundenlohn der Lohnarbeiterinnen, Spuler usw., wurde von 65 Pf. auf 75 Pf. resp. 80 Pf. erhöht. Gewebt werden bunte Ränderstoffe aus Papiergarn. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52 Stunden. In der Seilerei F. Troicki wurde der Stundenlohn der Seiler von 1,60 Mk. auf 1,85 Mk. erhöht, und für Hilfsarbeiterinnen von 75 auf 90 und 95 Pf. Hier beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 55 Stunden. Folgende 7 Lohnbewegungen harren noch ihrer Erledigung. Die Lohnbewegung der Uniformstickerinnen (Gold, Silber und Seide) ist noch immer nicht zum Abschluß gekommen, trotz der zugesagten Unterstützung der Kriegsrrohstoffabteilung. Auch für die wollene Marinestickerei ist noch kein befriedigender Abschluß zu verzeichnen. Zur Erledigung dieser Lohnfrage wurde am 22. September d. J. an den damaligen Reichskanzler Hertling als zuständige Stelle ein dementsprechendes Gesuch gerichtet, das bis heute ohne Antwort geblieben ist. Es wird hierüber noch ausführlicher berichtet werden. In der Papiergarnweberei M. Prozen u. Sohn hat die Arbeiterchaft eine Erhöhung ihres Stundenlohnes um 10 Pf. beantragt, auch bessere Belieferung mit Lebensmitteln. In der Färberei W. Spindler wurden 20 Proz. Lohnerhöhung gefordert, ebenfalls in der Färberei und Bleicherei Ch. Dieg. Die Defakture verlangen eine weitere Teuerungszulage, die erst teilweise bewilligt worden ist. Sinderungsgrund soll der Kriegslöhneredelungsverband mit seinen hohen Anforderungen an die ihm angeschlossenen Unternehmer sein. In der Ordensbandweberei Knoblauch ist durch die Verschlechterung des Materials (Kunstseide) der Wochenverdienst der Weber so stark gesunken, daß die vor einiger Zeit durch einen zweitägigen Streik erreichte Erhöhung der Stücklöhne völlig hinfällig geworden ist. Um dieser Unsicherheit im Verdienst vorzubeugen, fordern die Weber einen Mindeststundenlohn von 1,50 Mk. in anderen verwandten Betrieben wird 1,56 Mk. und darüber gezahlt.

Lohnerfolg in Christianstadt. Auf Drängen der Organisationsleitung wurde den dortigen Textilarbeitern eine Erhöhung von 4 Mk. pro Woche im Durchschnitt zugebilligt.

Der R.V.O. ist der Kriegs-Löhneredelungsverband, der aus irgendwelchen nicht recht erkennlichen Gründen mit Hilfe des B.V.A. (Bekleidungs-Verwaltungsausschuss) gegründet worden ist. Seine erste Tat war die Verendung eines Rundschreibens an die ihm zugewiesenen Zwangsmitglieder, keine Aufträge anzunehmen, ohne sich vorher über die Erhöhung der Lohnforderung verständigt zu haben. Inzwischen hat der Löhneredelverband den Lohn zu seinen Gunsten stark veredelt, aber die Mitglieder werden bei Verlust der Vernichtung ihrer Existenz gezwungen,

der Kommerzienrat, ohne sich beschwichtigen zu lassen. Aber der Beamte erwiderte begütigend: „Ich verifiziere Ihnen nochmals, daß ich den Auftrag habe, die Herren Aktionäre für den vollen Wert abzufinden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß Sie mir die Geschäftsbücher vorlegen, damit ich einen vollen Einblick gewinnen kann. Ich brauche wohl nicht erst hinzuzufügen, daß ich im Weigerungsfalle die Vollmacht zur Beschlagnahme habe.“

Mit entsehrtesten Augen stierte der Kommerzienrat den Beamten an und machte Miene, sich auf ihn zu stürzen und ihn aus seinem Zimmer hinauszuerwerfen. Aber er besann sich rechtzeitig, daß er einen Vertreter des Staates vor sich hatte, und daß es seine Pflicht sei, der Obrigkeit untertan zu sein. So öffnete er den eisenbeschlagenen Schrank und überreichte dem Beamten die Hauptbücher. Dieser machte es sich in einem wildlederüberzogenen Konferenzstisch bequem und beugte sich über die Bücher, die Zahlenreihen aufmerksam verfolgend. Schließlich fand er den Geschäftsabchluß des letzten Jahres, und erleichtert rief er aus: „Da haben wir es ja!“

Mit verschmitztem und befriedigendem Lächeln las er halblaut die einzelnen Posten vor: Aktiva: Grundstück an der Mauerstraße: steht mit 1 Mark zu Buche, ebenso die Betriebsgebäude, die Bureaueinrichtungen und die zum Teil ganz neuen teuren Maschinen. Er summierte noch einmal die Einzelposten und konstatierte mit überraschter Genugtuung, daß die ganzen großen Aufhäufwerke mit einem Grundstücksareal von 350 000 Quadratmeter, sämtliche Betriebsgebäude, Maschinen, Inneneinrichtung, Pferde, Automobile, Lagerverrat usw., mit einem Gesamtwert von 25 Mark zu Buche standen.

Mit einem gewinnenden Lächeln wandte sich der Beamte an den Kommerzienrat: „Ich glaube nicht, daß unsere Regierung Ursache hat, gegen ihre buchmäßige Bewertung der Aufhäufwerke Einwendungen zu machen. Die finanzielle Ablösung wird daher glatt und baldigst vonschaffen geben können. Die Ratifikationsurkunde werde ich Ihnen dann zustellen.“

Damit schlug der Beamte das Hauptbuch flüchtig zu, und der Kommerzienrat erwachte mit einem jeuzenden Aufschrei. Er suchte mit verdutzten Augen den Staatsbeamten, gewahrte aber nur seine leise schnarchende Gattin.

Da atmete er erleichtert auf und murmelte vor sich hin: „Diese verdammten Träume!“

sich gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter recht zugeknöpft zu verhalten. Und wer sich von den Unternehmern nicht fügt, der fliegt; der fliegt aus dem R.V.O., und sein Betrieb wird stillgelegt.

Die Kollegen der Berliner Defakturebranche forderten von ihren Chefs eine Teuerungszulage. In Anerkennung der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter erklärten die Chefs die Forderung für berechtigt, aber sie verweigerten trotzdem die Bewilligung derselben, weil sie durch die erzwungenen Beitritt zum Kriegs-Löhneredelungsverband E. W. Berlin S.W. 61, Tempelhofer Ufer 14, dort derartig hohe Mitgliedsbeiträge zahlen müssen, daß ihre Existenz gefährdet wird. Dieser Beitrag beträgt 15 Proz. des Umsatzes, rückwirkend vom 1. 1. 18 ab. Wer nicht Mitglied dieses Verbandes wird, dem wird die Stilllegung seines Betriebes angedroht.

Es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß sich das die Defakturearbeiter nicht bieten lassen werden. Es wird in einer Eingabe an das B.V.A., an die Kriegsrrohstoffabteilung und auch ans Reichswirtschaftsamt auf die Unhaltbarkeit des Zustandes hingewiesen werden. Durch die Entschädigung für die stillgelegten Betriebe dürfen natürlich nicht die Arbeiter zu wirtschaftlichem Schaden kommen. Die Berliner Kriegsrrohstoffabteilung wird ja leicht nachprüfen können, ob die Behauptung der Unternehmer richtig ist, da ja die Geeresaufträge die Grundlage der Produktion abgeben und man berechnen kann, was dabei verdient wird. Stellt es sich heraus, daß die Unternehmer recht haben, dann muß man ihnen höhere Preise zahlen, damit sie die Löhne der Arbeiter erhöhen können.

Von der Textilindustrie aus dem Gau Gera wird berichtet:

Neßchka: Hier sind 10 Webereibetriebe stillgelegt. Beschäftigt sind noch 9 Webereien. Gesamtzahl der Webstühle 3534, davon besetzt 693, also leer 2841. Beschäftigt sind 55 Weber und 616 Weberinnen.

Mylau: Hier sind 11 Webereibetriebe stillgelegt. Beschäftigt sind noch 3 Webereien. Gesamtzahl der Webstühle 2387, davon besetzt 82 und leer 2305. Beschäftigt sind 6 Weber und 76 Weberinnen.

Mylau-Neßchka: Von 9 Spinnereien mit 108 Selbstaktoren und 56 856 Spindeln sind 7 Betriebe stillgelegt. Es werden zirka 200 Leute beschäftigt. Außerdem ist eine Zwirnerei und eine Wollkammerei mit zirka 130 Leuten beschäftigt. Von 5 Färbereien sind nur noch 3 beschäftigt, und zwar die Firmen Schneider u. Clavier mit 4 Tagen in der Woche (früher 300, jetzt 69 Beschäftigte); Dietel u. Paul (100) mit 20 Beschäftigten; Schreiterer mit 2 Tagen in der Woche und 7 bis 9 Beschäftigten.

Nonneburg: Sämtliche Textilfabriken sind stillgelegt. **Greiz:** Nach vorläufigen Feststellungen haben bedeutend über 100 Mitglieder aus Färbereien nach der ersten erhöhten Lohnwoche freiwillig den 65-Pf.-Verbandsbeitrag gezahlt.

Weida: Eine Eingabe, in der Teuerungszulagen von 5, 7 und 10 Mk. wöchentlich gefordert werden, wurde in den Webereibetrieben Gustav Weidauer und Gebr. Pfeiffer von den Beschäftigten restlos unterzeichnet, auch die Angestellten haben mitunterzeichnet, und ist jeder Arbeiterauschub beauftragt, Verhandlungen mit den Firmen nachzuführen, und wenn da eine Einigung nicht zustande kommt, soll der Schlichtungsausschuss oder die Kriegsamtsstelle angerufen werden.

Gera: Von der Kriegsamtsstelle Kassel ist wegen Freigabe des Sonnabendnachmittags mit den Herren Webfabrikanten verhandelt worden; diese sind Willens, diese Forderung zu bewilligen. In Webereien des Bezirks, wo noch Sonnabend nachmittags gearbeitet wird, soll der Arbeiterauschub bei dem Arbeitgeber vorstellig werden und die Freigabe des Sonnabendnachmittags im Auftrage der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verlangen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei Bewilligung der Freigabe des Sonnabendnachmittags der Unternehmer eine andere Festsetzung der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen wünscht und diesbezüglich Änderungen mit dem Arbeiterauschub vereinbaren will. Man werde also sofort vorstellig.

Die Höchstpreise für Baumwollgarne und Papiergarne haben seit den Zufuhrverordnungen vom 1. Februar 1918 keine weiteren Veränderungen mehr erfahren. In einem Gutachten der Dresdener Handelskammer, warum die Preise der Erzeugnisse aus Papiergarn noch viel zu hoch seien, wird als Grund angegeben, daß die zu leistenden Abgaben der Papiergarn verarbeitenden Betriebe daran schuld seien. Dies wird aus Sachfreien aber als irrig bezeichnet, diese Abgaben seien so geringfügig, daß sie für die Preisbildung der fertigen Fabrikate nicht in Frage kommen.

Der Verband stillliegender Baumwollfabriken schreibt noch dazu: „Die wirkliche Ursache für die hohen Preise der fertigen Papiergarne liegt in den unangemessen hohen Verdiensten der papierverarbeitenden Spinnereien und Webereien. Das muß auch den Sachverständigen der Dresdener Handelskammer bekannt sein. Eine einwandfreie Kalkulation ergibt, daß z. B. die in Frage kommenden Webereien bei gleichem Beschäftigungsgrad das drei bis vierfache wie im Frieden verdienen. Daraus erklären sich auch die enormen Gewinne der oben bezeichneten Betriebe. Eine große Anzahl derselben, die vor dem Kriege lange Jahre überhaupt keine Dividenden ausschütten konnten, haben sich in ganz kurzer Zeit finanziell gesund gemacht und zahlen außerordentlich hohe Dividenden. Die Berichte der Aktiengesellschaften sind ein genügender Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Trotz ungewöhnlich hoher Abschreibungen sowie Errichtung offener und geheimer Fonds sind Dividenden von noch nie gekannter Höhe gezahlt worden. Oft ist in einem Geschäftsjahr mehr als das ganze Aktienkapital verdient worden. Obgleich das Ungeheuer dieses Zustandes auf der Hand liegt, ist von den Kriegswirtschaftsstellen noch nichts getan worden, um einen Zustand, der für die Allgemeinheit große Schädigung in sich birgt, zu beseitigen. Es muß aber entschiedener Einspruch erhoben werden, wenn sich auch noch die Handelskammern durch nicht zutreffende Gutachten in den Dienst der Betriebe stellen, die die Interessen der Allgemeinheit außer acht lassende, außergewöhnlich hohe Kriegsgewinne zu verzeichnen haben.“

Wir haben ja schon in früheren Nummern gezeigt, daß auch die Papierfabriken und die Händler ihr redlich Teil zur Verteuerung beitragen. Verdienen wird eben jetzt bei allen groß geschrieben; nur beim Textilarbeiter meistens nicht.

Veränderungen in der vogtländischen Textilindustrie. In der außerordentlichen Generalversammlung der Plauener Spinnfabrik A.-G. in Plauen wurde die infolge der Uebernahme der Aktienmehrheit der liquidierenden Aktiengesellschaft für Gardinenfabrikation vorm. L. J. Birkin in Deltsnik sich nötig machende Kapitalerhöhung um 650 000 Mk. auf 1 1/4 Millionen Mark gemäß dem Vorschlag der Verwaltung beschlossen und dem weiteren Antrage zugestimmt, daß jede Aktie der Dresdener Gardinen- und Spinnmanufaktur A.-G. zum Kurse von 110 Prozent zu dauerndem Besitz überlassen werde. Nach dem Anerbieten der Dresdener Gardinen- und Spinnmanufaktur A.-G. auf Uebernahme der 650 000 Mk. neuen Aktien der Plauener Spinnfabrik muß sich letztere Gesellschaft verpflichten, ihren Einfluß bei der Gardinenfabrik L. J. Birkin dahin geltend zu machen, daß sich eine Fabrik der Gardinenabteilung der Dresdener Gesellschaft eng angliedere.

Die Deutsche Vassfaser-Gesellschaft m. b. H. hielt in Sorau unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Direktors Urban aus Sinderode, eine Gesellschafterversammlung ab, die sich insbesondere mit dem Streit über die Zweckmäßigkeit der „Verbaumwollung von Flach und Hanf“ beschäftigte. Es wurde beschlossen, die begonnenen Fabrikationsversuche in größerem Umfang fortzusetzen und die Gewinnung von Flachswolle aus minderwertigem Strohflach und Abfällen tatkräftig zu fördern.

Die Stellung der englischen Textilindustrie zu den Schutzollbestrebungen. Die Schutzollbestrebungen, welche in England während des Krieges aufgetreten sind, finden im allgemeinen keine Zustimmung der Textilindustriellen des Landes. Schon heute steht fest, daß die Baumwollindustrie von Lancashire jeden Schutzoll energig abweist. Selbst die Wirkwarenindustrie, welche in Leicester und in Nottingham ihren Sitz hat, hat sich nicht für einen Schutzoll oder doch nur für einen solchen in mäßigen Grenzen ausgesprochen. Bemerkenswert ist es lediglich, daß die Seiden- und Leinenindustrie zum großen Teil einem Schutzoll beistimmt.

Die Löhnhthal-Textil-A.-G. in Dederon hat die Stückfärberei und Appreturanstalt der Glauhauser Färberei-A.-G. käuflich erworben und in Betrieb genommen.

Die Reichswirtschaftsstellen der Textilindustrie werden sich demnächst konstituieren. Der Reichskanzler (Reichswirtschaftsstellen) wird noch im Laufe des Oktobers und Novembers die Vertreterversammlung zusammenrufen, damit die Wahlen für den Ausschuss vollzogen werden, wonach die Reichswirtschaftsstellen ihre Tätigkeit aufnehmen können. Vielfach geäußerten Wünschen entsprechend werden die Vertreterversammlungen nicht alle in Berlin tagen, sondern nach anderen Städten berufen werden.

Die erste Vertreterversammlung — die Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle — findet am 29. Oktober in Augsburg statt. Die Vertreter der Wollindustrie werden in Leipzig tagen, der Erleichterungsindustrie in Dresden, der Seidenindustrie in Düsseldorf, der Juteindustrie in Braunschweig, der Hanf- und Hartfasernindustrie in Stuttgart bzw. Karlsruhe.

Aus der Baumwollindustrie sind etwa 150 Vertreter der Spinnerei, Weberei, der Ausrüstungsindustrie, des Groß- und Kleinhandels, des Detailhandels, des Handwerks und der Angestellten ernannt worden.

Vereinigung deutscher Baumwollnähfabriken G. m. b. H. nennt sich die neugegründete Vereinigung, welche die Wahrnehmung der gemeinschaftlichen Interessen in der Nähfabrikindustrie bezweckt. In der Hauptsache soll dies erreicht werden durch die Verlegung der der Vereinigung angeschlossenen Firmen mit Rohgarn und sonstigen zur Nähgarnfabrikation erforderlichen Materialien, durch die Erzielung von Vorteilen beim Verkauf und bei der Herstellung von Nähgarnen, die Festlegung von Verkaufspreisen und Lieferungsbedingungen sowie durch den Abschluß von entsprechenden Verträgen mit den in Betracht kommenden Firmen. Die Vertragsdauer der Vereinigung läuft zunächst bis zum 1. Juli 1923, sie gilt jedesmal als für drei weitere Jahre verlängert, wenn nicht sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragsdauer die Kündigung ausgesprochen worden ist. Die Kündigung kann außerdem durch jeden Gesellschafter mit Wirkung der Auflösung der Vereinigung erfolgen, wenn nicht drei Viertel der übrigen Gesellschafter sich dagegen aussprechen; beträgt der Geschäftsanteil der Gesellschafter, die kündigen, mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals, so muß mit Ablauf der Kündigungsperiode die Gesellschaft liquidiert werden.

Soziale Rundschau.

Der Aufgabenkreis des Reichsarbeitsamtes.

Die beiden sozialpolitischen Abteilungen des Reichswirtschaftsamtes werden bei der Neuorganisation dieses Amtes abgeändert und dem bald zu errichtenden Reichsarbeitsamt angegliedert. Dem Arbeitsamt werden ferner folgende Aufgaben zugewiesen: Angelegenheiten des Gewerbeaufsichtswesens (Gewerbeordnung), einschließl. Kinogeseh, Bühnengeseh, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe, Berufsvereine, Handlungsgehilfen, Privatangestellte (mit Ausnahme ihrer Versicherungen), Werkmeister, Techniker, Tarifverträge, Arbeiterkammern, Einigungswesen, Koalitionsrecht, Verhältnisse des Arbeitsmarktes, Arbeitsnachweismwesen, Arbeitslosenfürsorge und -versicherung, Sparkassenwesen, Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, Lotterie und Spielbanken, Volkszählungen sowie die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, ferner die Bearbeitung der Fragen des Versicherungswesens mit der Arbeiterversicherung, besonders der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter, Versicherung der Angestellten (Reichsversicherungsamt und Reichsversicherungsanstalt für Angestellte), Kriegswochenhilfe, privates Versicherungswesen (Aufsichtsrat für Privatversicherung), Pensionskassenwesen, Haftpflichtgeseh, Wohlfahrtsvereine in allgemeinen, Jugendfürsorge, Kriegswohlfahrtspflege (Reichsbeihilfen), soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge und Zusatzrenten im vaterländischen Hilfsdienst sowie Wohnungsfürsorge.

